

Tagesordnung 1 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 17.09.2003

Vorlage Nr. 03-F-03-0058

**Außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin am 24.09.2003  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.09.2003 -**

---

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat möge an die außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin am 24.09.2003 folgende Positionsbestimmung der Landeshauptstadt Wiesbaden übermitteln:

***„Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen des Deutschen Städtetages, bei der anstehenden Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte zu erreichen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden betont, dass die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung in ihrer Substanz bedroht ist, wenn diese Entlastung ausbleibt. Deshalb fordert sie Bundesregierung und Bundestag auf, bei den anstehenden Verhandlungen zur Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme keine Lösung zu akzeptieren, die den Kommunen finanzielle Lasten aufbürdet.“***

2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden entsendet zur Übermittlung dieser wichtigen Stellungnahme eine/n Delegierte/n zur außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin. Auf die Entsendung weiterer Vertreter/innen wird aus Gründen der gebotenen Kostenersparnis verzichtet.

---

**Beschluss Nr. 0260**

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wird in der Fassung des Änderungsantrags der CDU vom 17.09.2003 (Anlage dieses Beschlusses) angenommen:

Der Magistrat möge an die außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin am 24.09.2003 folgende Positionsbestimmung der Landeshauptstadt Wiesbaden übermitteln:

***„Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt mit Nachdruck die Bemühungen des Deutschen Städtetages, bei der anstehenden Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte zu erreichen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden betont, dass die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung in ihrer Substanz bedroht ist, wenn diese Entlastung ausbleibt. Deshalb fordert sie Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf, bei den anstehenden Verhandlungen zur Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme eine Lösung zu schaffen, die den Kommunen den von Bundeskanzler Schröder in der Regierungserklärung vom 14.03.2003 versprochenen erweiterten finanziellen Handlungsspielraum eröffnet.“***

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2003

Sellmann  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2003

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .09.2003

Dezernat I  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl  
Oberbürgermeister